



KLARTEXT



Mehr Menschlichkeit

Flüchtlinge sind keine Abenteuerer. Für viele, die in Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten dem sicheren Tod entgehen wollten, bedeutet Flucht ebenso der Tod, weil sie skrupellosen Schleusern zum Opfer fallen und die Überfahrt über das Mittelmeer in Nusschalen oder völlig überladenen Schiffen nicht überleben. Und wer Krieg und Bürgerkrieg und das teuflische Meer überlebt hat, wird an Stacheldrahtzäunen inereuropäischer Grenzen niedergeknüppelt oder in notdürftig eingerichteten Unterkünften angezündet. Wer angesichts dieser Tatsachen noch emotionslos zuschaut und nicht wenigstens hofft, das alles möge ein böser Traum sein, aus dem man möglichst bald aufwachen möge, dem ist nicht mehr zu helfen. Das gilt auch für dumpfe Typen, die noch immer pauschal und diskriminierend „Ausländer raus“ brüllen und vor „Überfremdung“ warnen, wenn 100 Flüchtlinge in eine 10.000-Seelen-Stadt kommen. In Treptow-Köpenick leben übrigens gerade 2400 Flüchtlinge unter 246.000 Einwohnern.

Es ist eine Frage der Menschlichkeit, jetzt denjenigen Menschen zu helfen, die zu uns kommen, um sich und ihr Leben zu retten. Bei Menschlichkeit kann es keine Unterscheidung geben, welche Grün-

de individuell zur Flucht geführt haben – Krieg oder andere Nöte wie Armut und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit. Menschenwürde ist unteilbar. Jeder hat deshalb das Recht, ein Dach über den Kopf zu bekommen. Bequem ist das noch lange nicht.

Berlin hat reagiert, reagieren müssen. Der Senat hat ein Flüchtlingskonzept beschlossen, das viele Fragen anspricht. Doch es muss aufgrund der Aktualität ein Stück zurückstehen, weil es jetzt erst einmal darum geht, eine große Zahl an Menschen unterzubringen. Viele Menschen zeigen bereits Engagement für Flüchtlinge, helfen in Flüchtlingsunterkünften, organisieren Spenden, begleiten Menschen. Dafür sollten wir „Danke!“ sagen. Vielleicht geben wir damit sogar ein kleines Stück Wohlstand weiter, dass wir uns nur erarbeiten konnten, weil es Menschen in anderen Ländern nicht gut ging, nicht gut gehen konnte.

Wir stehen vor einer kalten Jahreszeit – die Flüchtlinge brauchen eine menschenwürdige Unterkunft. Wir haben festgestellt, dass sie Flucht nicht nach deutscher Gründlichkeit statistisch planen lässt – die Menschen kommen eben auch ungeplant. Wir müssen alles daran setzen, dass jeder würdig empfangen und versorgt werden kann. Die staatlichen Institutionen schaffen das nicht allein. Wir alle sind gefordert zu helfen – und jeder wird dabei einen Platz haben.

Ihr



8 Mio. Euro für das Strandbad

Matthias Schmidt (MdB) gibt Startschuss für umfassende Sanierung

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat beschlossen, 4 Mio. Euro für die Sanierung des Strandbads Müggelsee bereit zu stellen.

Matthias Schmidt, Treptow-Köpenicker Abgeordneter im Bundestag, setzt sich seit Jahren unermüdlich für die Rettung des Denkmals am Müggelseeufer ein: „Wir haben alle Register gezogen, Fördertöpfe geprüft, private Investoren und lokale Unternehmen angefragt und den Bezirkshaushalt auf den Kopf gestellt. Aber das Vorhaben war zu groß dafür. Nun teilen sich Land und Bund die Kosten und stellen sich damit ihrer Verant-

wortung für dieses Denkmal von überregionaler Bedeutung.“

Das Strandbad Müggelsee umfasst ein Gelände von etwa 20 Hektar mit einem 500 Meter See-Ufer. Das Kerngebiet mit dem historischen Gebäude wurde in bezirkliches Fachvermögen übernommen um eine Schließung zu verhindern und die ganzjährige und unentgeltliche Offenhaltung zu gewährleisten. Die Sanierung des Gebäudekomplexes ist dringend erforderlich, kann aber privaten Investoren oder Betreibern nicht auferlegt werden.

Nachdem die Entfernung der Uferkante aus Beton und

die Renaturierung des Geländes aus Ausgleichs- und Ersatzmitteln im Sommer erfolgt sind, blieb das denkmalgeschützte aber leise vor sich hin verfallende Gebäude das Sorgenkind. „Bezirksbürgermeister Oliver Igel, Baustadtrat Rainer Hölmer und die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Renate Harant und Karlheinz Nolte sind engagierte Partner, aber bislang fehlten die finanziellen Mittel. Das Thema bekam neuen Schwung, als ich meine Kollegen im Haushaltsausschuss des Bundestages für das Strandbad begeistern konnte“, erläutert Matthias Schmidt die überraschende Botschaft.

Die 4 Mio. € starke Finanzspritze ist eine fünfzigprozentige Kofinanzierung für die umfassende Sanierung des Gebäudes aus den Jahren 1928-30. Besonders dankt Schmidt, dass sich vor Ort viele Initiativen seit Jahren für das Strandbad engagieren und beharrlich auf allen Ebenen für Sanierung und Betrieb einsetzen. Die Bemühungen fanden im Jahr 2009 mit der 80-Jahr-Feier einen Höhepunkt. „Ich freue mich, dass ich endlich mit richtig guten Nachrichten kommen kann“, so Matthias Schmidt. „und ihren neunzigsten Geburtstag wird die Perle am Müggelsee dann in neuem Glanz erleben.“

Bauen in Niederschöneweide

Neue Wohnungen im Ortsteil Oberspree

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger am Neubauvorhaben der Stadt und Land Wohnbauten-Gesellschaft im Bruno-Bürgel-Weg 39 war groß. Uwe Fuhrmann von der Stadt und Land, die Bauleitung und Vertreter des Architekturbüros stellten dem Wahlkreisabgeordneten Karlheinz Nolte und seinen Gästen das Neubauprojekt vor.

Gebaut werden bis Ende 2016 neun Häuser mit 284 Mietwohnungen. Es sollen 28 sozial geförderte Wohnungen als 5-Geschosser an der Straßenseite für 6,50 € je qm angeboten werden. Zweibis Vier-Raum-Wohnungen in 5- und 4-Geschossen haben Blick auf die Spree. Mitten in der Anlage soll ein



Spielplatz entstehen. Eine Kita, die Waldorf-Schule, der Kulturclub Ratz-Fatz e.V. und auch die Anbindung an S-Bahn und Bus machen den Standort für Mieter attraktiv.

„Der Baumbestand wurde durch uns geschützt“ und deshalb gibt es künftig auch in Oberspree eine Wohnanlage „Unter den Linden“.

Im anschließenden Gespräch, an dem auch die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Abgeordnetenhausfraktion Ellen Haußdörfer teilnahm, stellte der Geschäftsführer der Stadt und Land Ingo Malter dar, dass sein Unternehmen zur Zeit in Treptow-Köpenick die meisten Neubauwoh-

nungen errichtet: „Dabei ist die so genannte Berliner Mischung von besonderer Bedeutung für sozialen Frieden. Der hohe Anteil an zahlungsschwachen Mieter ist ein Problem, dem wir uns stellen müssen.“

Karlheinz Nolte ergänzt: „Der Bedarf von jährlich etwa 40.000 neuen Wohnungen stellt Berlin vor eine riesige Aufgabe, trotzdem ist es gut, dass Berlin heute wieder zu den wachsenden Städten gehört. Die zusätzliche Herausforderung für Politik und Wohnungswirtschaft, auch die Flüchtlinge und Migranten, die neu in die Stadt kommen mit Wohnraum zu versorgen haben wir dabei im Blick.“

IN DIESER AUSGABE

NPD-DEMO GESTOPPT

Bürgerprotest schützt Flüchtlingsunterkunft vor Nazi-Aufmarsch

Seite 2

1 JAHR REGIERENDER

Michael Müllers Bilanz nach einem Jahr im Amt

Seite 3

WOHNGELDNAVELLE

Bezirk bietet Beratungen zum Wohngeld an

Seite 7

TREPTOW-KÖPENICK INVESTIERT IN JUGENDARBEIT

Beschlüsse zur Jugendhilfe

Seite 8

Gewaltandrohung gegen Politiker

Anfang November wurden die Scheiben und Hauswand des Wahlkreisbüros des SPD-Bundestagsabgeordneten Matthias Schmidt in Baumschulenweg beschmiert. In Form eines Galgens unter dem Namenszug wird der Abgeordnete unverhohlen bedroht.

In Köpenick kam es wenige Tage später zu fremdenfeindlichen Angriffen. Das Heim in der Salvador-Allende-Straße wurde mit einem Luftgewehr beschossen und am gleichen Tag wurde ein

Mitarbeiter im Wahlkreisbüro des Berliner Abgeordneten Tom Schreiber bedrängt, bedroht und beschimpft. Bezirksbürgermeister Oliver Igel: „Diese Ereignisse sind Anschläge auf unsere Demokratie, die wir uns nicht gefallen lassen. Es bleibt Aufgabe für alle Bürgerinnen und Bürger, Menschen in Not zu helfen und für sie einzustehen. Natürlich auch für Politikerinnen und Politiker, die das Grundgesetz verteidigen – selbst wenn sie dafür verunglimpft werden.“

TERMINE

SPRECHSTUNDEN DER SPD-POLITIKER

Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
16. Dezember 2015
10.30 bis 11.30 Uhr
im Rathaus Köpenick, Zi. 173

Rainer Hölmer
Stadtrat für Stadtentwicklung und Umwelt
16. Dezember 2015
15 bis 17 Uhr
im Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21, Zi. 165, mit Anmeldung telefonisch unter 90297-2202

Andy Jauch
Mitglied des Abgeordnetenhauses für Alt-Treptow, Plänterwald, Baum-
schulenweg
8. Dezember 2015
17 bis 18 Uhr
im Wahlkreisbüro „Kiez-
brücke“ in der Brücken-
straße 11

Tom Schreiber
Mitglied des Abgeordneten-
hauses für Altstadt/
Kietz, Allende-Viertel,
Wendenschloss, Müggel-
heim
5. Dezember 9.30 bis
10.30 Uhr in der Begegnungs-
stätte Allende II,
Alfred-Randt-Straße 12,
12559 Berlin

FOTOAUSSTELLUNG

„MEIN KUBA“ IM SPD-KREISBÜRO ERÖFFNET



Nach einer renovierungsbedingten Pause startete die Galerie des Büros der SPD Treptow-Köpenick wieder mit einer neuen Ausstellung:

„Mein Kuba – Gesichter und Landschaften“ heißt die Schau mit Fotos des ehemaligen Köpenicker Mitglieds des Bundestages Siegfried Scheffler. Die Vernissage fand mit 60 Gästen statt. Unter ihnen konnte der SPD Kreisvorsitzende Oliver Igel auch den Botschafter der Republik Kuba, Herrn René Juan Mujica Cantelar nebst Gattin begrüßen.

Zu sehen sind zahlreiche Fotos von Landschaften, Momentaufnahmen des kubanischen Lebens und viele eindrucksvolle Porträts.

Die Ausstellung kann bis 28.02.2016 im SPD-Büro in der Grünauer Straße 8 in 12557 Berlin besucht werden.

Öffnungszeiten: Die 14-18 Uhr, Do 9-12, 13-15 Uhr, Fr 9-12 Uhr sowie nach Vereinbarung (Tel.: 6549 6204).

Demo vor Flüchtlingsunterkunft gestoppt

Bürgerprotest lässt NPD-Demonstration nicht zu ihrem Ziel

Der NPD-Aufmarsch Anfang November vor der Unterkunft in Johannisthal wurde blockiert und die aggressiven NPD-Anhänger blieben bei ihrer selbsternannten „Bürgerdemo“ unter sich. Im Laufe des Abends hatten gut 800 Menschen den Aufmarsch gestoppt, nach nur 200 Metern musste er umkehren.

Zuvor hatten sich die NPD-Anhänger an zwei Orten versammelt. Am eigentlichen Auftaktort, für den mehr als 5.000 Flyer gesteckt worden waren, versammelten sich gerade mal 40 um den Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke. Auf der anderen Seite des S-Bahnhofs Schöneweide trafen



sich etwa 80 organisierte NPD-Anhänger aus ganz Berlin und Brandenburg und liefen eine halbe Stunde durch Niederschöneweide und vereinigten sich dann mit der zweiten Kundgebung. Währenddessen kam

es zu mehreren Angriffen auf Journalisten, unter anderem Mitarbeiter der Berliner Zeitung und der Welt. Bereits gegen 18 Uhr hatten sich etwa mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger und unter ihnen Bezirks-

bürgermeister Oliver Igel, der Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt sowie viele Kommunalpolitiker aus verschiedenen Parteien (SPD, Die Linke, Bündnis 90/Grünen, Piraten und CDU) zu der Gegenkundgebung eingefunden.

Aus den Fenstern umliegenden Häuser ertönten Pfeifkonzerte gegen die NPD. Anschließend bedankten sich viele Geflüchtete mit Blumensträußen bei den Menschen, die die NPD von ihrer Unterkunft ferngehalten hatten.

Dazu erklärt Tina Böhm, Sprecherin von Uffmucken: „Der Abend war ein klarer Misserfolg für die Berliner NPD. Trotz überregionaler

Mobilisierung in der Naziszene und dem Verteilen von tausenden Flyern in Berliner Briefkästen konnten sie keine ‚Bürger‘ mobilisieren. Stattdessen zogen die sehr aggressiven, organisierten Neonazis alleine wenige hundert Meter durch den Stadtteil. Durch entschlossenen Protest wurden sie von der Unterkunft ferngehalten. Schmidtke kann wohl kaum erwartet haben, dass der gewaltbereite Nazimob ungestört Angst und Schrecken unter traumatisierten Menschen verbreiten kann, die vor Kriegen, Genoziden, Verfolgung und Armut geflohen sind. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass sich Neonazis nicht ungestört austoben können.“

Freies WLAN für Adlershof

Was wäre der moderne Mensch ohne mobiles Internet? Nicht nur die Studierenden auf dem WISTA-Gelände werden diese Frage nicht mehr beantworten müssen.

Auf dem Marktplatz kann nun jede Adlershoferin und jeder Adlershofer kostenfreies mobiles Internet nutzen. Unter „eigeninitiative.freifunk.net“ kann man sich einwählen und dann lossurfen. In Zusammenarbeit mit der IG Dörfeldstrasse, dem Treffpunkt Eigeninitiative

sowie dem Runden Tisch für Jugend, Soziales und Kultur in Treptow-Köpenick, hat die Freifunkinitiative an dem Netz gearbeitet und die Gewerbetreibenden und einige Vertreter der Zivilgesellschaft an Bord geholt. Das ganze erfolgt werbefrei und ohne Verkauf der privaten Daten der Nutzer. Bereits seit drei Jahren gibt es einen BVV-Beschluss, das freie WLAN in Treptow-Köpenick auszubauen. Bisher stand dem immer das kommerzielle Interes-

se der Betreiber im Weg. Nun ist ein erster Schritt getan. „Die Ausweitung des WLAN auf diesen zentralen Platz zeigt, dass Adlershof nicht nur auf einer Seite der S-Bahnbrücke ein Technologiestandort ist. Auch im alten Ortskern geht man mit der Zeit. Zugleich zeigt es, dass private Initiativen sehr wichtig sind für den Kiez und viel für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung tun können.“, sagt Ellen Haußdörfer, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Doppelter Stadtteiltag

Für Ellen Haußdörfer, Mitglied des Abgeordnetenhauses ging es in Altglienicke mit einer Märchenlesestunde in der Grundschule am Berg los. Die Wichtigkeit von Sprach- und Leseförderung für Kinder wird spätestens mit dem Start in die Schule klar: „Kontakt mit Büchern sollten bereits die Kleinsten bekommen, Vorlesen ist die beste Voraussetzung fürs Lernen und ein Umfeld zum Wohlfühlen ist dabei ebenso wichtig. Die Schulen benötigen genügend Platz, adäquate Ausstattung und ausreichend Personal. Altglienicke ist auf gutem Weg, wie Neubauten an verschiedenen Schulen zeigen.“

Mittags ging es um die Entwicklung des Kosmosviertels. Mit Ehrenamtlichen diskutierte Haußdörfer darüber, welche Strukturen das Quartiersmanagement erfolgreich zu machen: „Ein Netzwerk aus den Akteuren vor Ort – Bewohner, Unternehmen, soziale Einrichtungen – ist das Wichtigste. Ich glaube, dass es hier viele Menschen gibt, die etwas tun möchten und je mehr sich engagieren, desto nachhaltiger können wir etwas erreichen.“

Spannend auch die Kooperation der Kita „Villa Mossmutzel“ und der Kleingartenanlage „Bachespe“: Knappe Freiflächen der Kita brachten

die Idee, die Grünflächen zur Verfügung zu stellen. Die Kinder lernen so die Natur kennen, können sich bewegen und mit den Kleingärtnern Obst und Gemüse anbauen. „Eine tolle Idee auch für andere Gegenden Berlins“ ist die Abgeordnete überzeugt. Der Tag hat gezeigt, dass in die bauliche und soziale Infrastruktur viel investiert wird. Alle arbeiten daran, diese Erfolge in nachhaltige Strukturen zu verwandeln und auch ich bleibe dabei weiter aktiv.“

Weiter geht es Mitte Dezember in Adlershof. Die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD Fraktion setzt auch hier auf die Zukunft als Thema. Bildung und Arbeitsplätze spielen die entscheidende Rolle auch bei der Wiederbelebung der Dörfeldstraße als Ortsmittelpunkt. „Hier ist viel passiert aber vor der S-Bahn liegt das „alte“ Adlershof mit der Dörfeldstraße und den alteingesessenen Bewohnern und Einrichtungen, dahinter das „neue“ mit der WISTA, den Unternehmen und den vielen neuen Bewohnern. „Es wäre schön, wenn wir beides verbinden und es auch in den Köpfen nur ein Adlershof gibt.“ Ellen Haußdörfer wird viele Gespräche führen, um ihr Anliegen voranzutreiben.

Mehr Geld für Dokumentationszentrum

Bildungsarbeit zur NS-Zwangsarbeit wird unterstützt

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt freut sich besonders über die Unterstützung für das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick: „330.000€ für das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit - das ist ein großer Erfolg! Wirklich klasse, dass es gelungen ist, dieses im Rahmen der Haushaltsbereinigung zu realisieren.“ Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit

leistet am authentischen Ort in Niederschöneweide eine überaus wichtige geschichtspädagogische Arbeit. Innerhalb der deutschen Erinnerungslandschaft ist es der einzige Ort, an dem explizit das Schicksal der zivilen Zwangsarbeiter in dieser Tiefe thematisiert wird. Die Forschungsstätte ist Anlaufstelle für Forschende aus aller Welt und Auskunftsort für viele Angehörige von ehemaligen Zwangsarbeiterin-

nen und Zwangsarbeitern. Mit zahlreichen Ausstellungen, Veranstaltungen und Bildungsangeboten erlangt das Dokumentationszentrum eine hohe bildungspolitische Strahlkraft.

„Es ist großartig, dass mit dem Aufwuchs nun die weitere Arbeit dieser wichtigen Einrichtung gestärkt wird. Das ist eine gute Botschaft für die Bildungsarbeit in meinem Wahlkreis Treptow-Köpenick“, freut sich Matthias Schmidt.

Wenn Puzzleteile fehlen

Wie die Gesellschaft auf Demenz reagiert – Politischer Frühschoppen

Wir alle werden immer älter. Dabei bleiben wir körperlich auch lange recht fit. Kognitive Einschränkungen treten so aber immer öfter in Erscheinung. Eine Belastung für die betroffenen Menschen und eine Herausforderung für die Angehörigen. Aber auch die Pflegeeinrichtungen und der Gesetzgeber müssen sich auf diese Entwicklung einstellen.

Vor kurzem hat der Bundestag das Pflegestärkungsgesetz II beschlossen. Im

Mittelpunkt dieses zweiten von drei Reformteilen steht der Umgang mit an Demenz erkrankten Menschen. So gibt es bisher 3 Pflegestufen. Diese werden übergeleitet in 5 Pflegegrade. Mögliche kognitive Einschränkungen, wie beispielsweise eine Demenzerkrankung, spielen in Zukunft bei der Einstufung eine entscheidende Rolle. Hierzu werden auch die Beiträge zur Pflegeversicherung erneut um 0,3 Prozent steigen. So stehen für den notwendigen Ausbau der

Pflegeversicherung rund 4,5 Milliarden zusätzlich zur Verfügung.

In Treptow-Köpenick gibt es eine Gruppe von engagierten Menschen, die dieses Thema auch vor Ort angehen wollen: Die Initiative Demenzfreundlich Treptow-Köpenick. Dabei sind Vertreterinnen und Vertreter aus Pflegeeinrichtungen sowie Angehörige von Demenzkranken. Gemeinsam erarbeiten sie Strategien für den Umgang mit Demenzkranken im Alltag. Wie re-

agiert ein Bankangestellter auf einen demenzkranken Kunden? Wie verhält sich ein Ladenbesitzer, wenn der Demenzkranke vergisst zu bezahlen? In Schulungen und Informationsflyern berät und informiert die Initiative. Ebenso organisiert die Initiative unzählige Veranstaltungen, welche Angehörigen eine Auszeit ermöglichen und Betroffenen Halt und Zuversicht geben. Mehr Informationen sind unter www.demenzfreundlich-tk.de zu finden.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Treptow-Köpenick, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin
Kontakt: bueror@spd-tk.de
www.spd-tk.de

V.i.S.d.P.: Oliver Igel
(Kreisvorsitzender)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
S. Bock, L. Düsterhöft, K. Geißler, E. Haußdörfer, O. Igel, A. Rostalski, G. Schmitz, R. Thies, K. Zehrer

Druck: Henke Presse-
druck GmbH & Co. KG,
Auflage: 50.000 Exemplare

„Tag für Tag an Verbesserungen arbeiten“

Im Stadtblatt-Interview: Michael Müller über das erste Jahr seiner Amtszeit und die aktuellen Herausforderungen

Herr Müller, vor ziemlich genau einem Jahr haben Sie Ihr Amt als Regierender Bürgermeister angetreten. Auf was blicken Sie besonders gern zurück? Was liegt Ihnen besonders am Herzen? Und wo ärgern Sie sich vielleicht auch, dass Sie ein Problem noch nicht lösen konnten?

Zunächst einmal gebe ich ganz offen zu: Ich bin gerne Regierender Bürgermeister. Da waren schon in den letzten zwölf Monaten viele besondere Momente – das Treffen mit der Queen zum Beispiel. Aber in erster Linie geht es für mich natürlich darum, das Leben der Berlinerinnen und Berliner besser zu machen. Wie können wir mehr Wohnungen bauen, Wartezeiten in den Bürgerämtern verringern, Flüchtlinge besser unterbringen und vieles mehr. Natürlich gibt es einiges, was ich gerne schneller zum Besseren wenden würde – zum Beispiel am BER – aber es macht ja keinen Sinn, sich zu ärgern. Man muss die Probleme anpacken und geduldig Tag für Tag an Verbesserungen arbeiten.

Die Herausforderungen an die Politik sind heute größer denn je. Sie müssen einerseits für die Integration



Zu Gast im Wahlkreisbüro von Michael Müller: Die Redaktion der Schülerzeitung „Schlurfuchs“ von der Grundschule auf dem Tempelhofer Feld. Foto: Chris Landmann

der geflüchteten Menschen sorgen, ohne andererseits diejenigen aus den Augen zu verlieren, die schon länger bezahlbaren Wohnraum und Arbeit in unserer Stadt suchen. Wie kann der Spagat gelingen?

Da sprechen Sie etwas Wichtiges an. Wir müssen den Flüchtlingen helfen und dürfen darüber natürlich auch nicht unsere tägliche Arbeit für alle Berlinerinnen und Berliner vergessen. Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen, trotz der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit 1991 sind 185.000 arbeitslose Menschen noch viel zu viel. Berlin soll eine

Stadt der Arbeit werden. Ganz gleich ob Wohnungen, Arbeitsmarktmaßnahmen, Schulsanierungen, mehr Kitaplätze oder Ausbildungsplätze – Verbesserungen müssen allen Berlinerinnen und Berlinern zugute kommen. Nur so bleiben wir das, was wir sind – eine solidarische Stadt.

Reicht die Unterstützung des Bundes für diese Aufgaben aus?

Wir können froh sein, dass die SPD wichtige Ressorts in der Bundesregierung verantwortet. Mehr Städtebauförderung, der Mindestlohn, die Mietbremse zum Beispiel er-

leichtern uns in den Städten vieles. Und auch in der Flüchtlingspolitik kommen die wichtigsten Impulse von der SPD. Ich bin froh, dass sich meine Idee einer dynamischen Pauschale durchgesetzt hat. Mit den monatlich 670 Euro pro Flüchtling werden die Kosten gut zur Hälfte gedeckt. Das erleichtert auch die weitergehende Integration immens. Auch in anderen Bereichen wendet sich vieles langsam zum Besseren. Berlin will helfen. Aber die Bedingungen müssen auch so sein, dass man helfen kann.

Es gibt ein großes ehrenamtliches Engagement in

der Stadt. Wie kann der Senat das weiter fördern und unterstützen?

Zunächst möchte ich mich an dieser Stelle bei den Berlinerinnen und Berlinern für das große ehrenamtliche Engagement und die Spendenbereitschaft bedanken. Berlin ist eine solidarische Stadt. Die Menschen sind hier füreinander da. Das ist großartig. Aber klar ist natürlich auch, dass der Staat wieder mehr übernehmen muss. Deswegen war es mir wichtig dafür zu sorgen, dass wir über die Charité und Vivantes die ärztliche Versorgung garantieren. Das ehrenamtliche Engagement wird wichtig bleiben. Wir müssen es besser koordinieren. Auch Ehrenamt darf die Menschen nicht überfordern. **Eine Neuerung haben Sie gleich zu Beginn eingeführt: Der Senat tagt jetzt in regelmäßigen Abständen auch in den Bezirken, Sie diskutieren mit den Bezirkspolitikern und -politikern, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern. Welche Eindrücke haben Sie dabei gewonnen?**

Diese Tage in den Bezirken sind mir wichtig. Es geht ja hier nicht nur darum, mehr über die Bezirke zu erfahren. Wichtig

ist vielmehr, wie wir auf Bezirks- und Landesebene in der wachsenden Stadt besser zusammenarbeiten können, damit zum Beispiel schneller mehr bezahlbarer Wohnraum oder mehr Kitaplätze entstehen. Und die Vielfalt der Initiativen, Einrichtungen und Unternehmen in den Bezirken ist beeindruckend. Bei „Michael Müller vor Ort“ stelle ich mich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Das sind tolle Veranstaltungen, bei denen man nahe bei den Menschen ist und viel darüber erfährt, wo unsere Politik gut läuft und wo wir noch besser werden müssen.

Hat sich Ihr Leben in diesem ersten Jahr im Amt des Regierenden Bürgermeisters sehr verändert? Hätten Sie es sich so vorgestellt?

Ich habe ja als Fraktions- und Landesvorsitzender und später als Senator jahrelang eng mit Klaus Wowereit zusammengearbeitet. Da weiß man natürlich ein bisschen, was auf einen zukommt. Aber ja, die Schlagzahl der Gespräche und Termine hat sich noch einmal erhöht. Es ist auch nicht mehr so leicht, unerkannt einfach mal einzukaufen. Und auf jeden Fall ist die Selfiequote enorm gestiegen.

BERLINS REGIERENDER BÜRGERMEISTER KANN AUF EIN SPANNENDES ERSTES AMTSJAHR ZURÜCKBLICKEN

Was in Berlin entschieden wurde – eine Auswahl

DEZEMBER 2014

- Erste Sitzung des Berliner Senats nach der Wahl von Michael Müller, Ernennung der Senatsmitglieder.
- Beschluss: Bebauungspläne müssen schneller bearbeitet werden.

JANUAR 2015

- Senatsklausur: Zusätzliche Investitionen, aber Festhalten am Konsolidierungskurs. Schultoiletten werden saniert, das Schulgeld in der Altenpflegeausbildung wird abgeschafft, mehr Personal für die wachsende Stadt, zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte.
- Mehr Unterstützung für Handwerksbetriebe.
- Michael Müllers Regierungserklärung „Unser Berlin – stark und solidarisch“.
- Im öffentlichen Dienst werden alle geeigneten Auszubildenden unbefristet übernommen.
- 120 zusätzliche Lehrkräfte für sonderpädagogische Integration.
- 5,2 Mio. Euro für den Umbau am Kulturforum.

FEBRUAR 2015

- Karneval der Kulturen gesichert.
- Im Bundesrat setzt Berlin Verbesserungen beim Kleinanlegerschutz durch.
- Die Investitionsbank Berlin kann 100 Millionen Euro für Start-ups und Kreativszene zur Verfügung stellen.
- Entwicklungskonzept für die Bäder bis 2025 beschlossen.

MÄRZ 2015

- 500 Mio. € zusätzlich für die Bildungs-, Verkehrs- und soziale Infrastruktur.
- Besserer Mieterschutz durch Umwandlungsverbot.
- Pläne zum späteren Umbau des Flughafengebäudes in Tegel werden vorangetrieben.
- Änderung des Baugesetzbuches, um schneller Wohnungen bauen zu können.
- Konferenz zur Elektromobilität: Berlin soll führende Smart City in Europa werden
- Medizinische Spitzenforschung bekommt ein eigenes Berliner Institut.

- Berlin setzt sich im Bundesrat für verbesserten Mieterschutz und eine Frauenquote in Aufsichtsräten ein.
- Beschluss: kein Bettenabbau an der Charité.

APRIL 2015

- Knapp 100 Millionen Euro für Erhalt und Erweiterung von Schulen und Sporthallen.
- Berlins Klimaschutzziele verbindlich festgelegt.
- Volksbühnen-Intendant Dercon vorgestellt.
- Bundesratsinitiative: Senat will zu Unrecht verurteilte homosexuelle Männer rehabilitieren.



Die ersten Jugendberufsagenturen begannen im Oktober 2015 mit der Beratung. Foto: Chris Landmann

MAI 2015

- Beschluss: Senat verhandelt über Beteiligung an Strom- und Gasnetzen.
- Neuer Schulentwicklungsplan für die wachsende Stadt.
- Maßnahmen zur Umsetzung der Behindertenpolitischen Leitlinien beschlossen.
- Der freie Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen wird ausgedehnt.
- Metropolis-Konferenz in Buenos Aires: Michael Müller macht die Interessen der großen Städte der Welt vor dem Uno-Gipfel 2016 deutlich.
- Gemeinsame Beratung der Regierungen von Berlin und Brandenburg über Wohnungsbau, Verkehr und die Unterbringung von Flüchtlingen.

JUNI 2015

- Senat erzielt erste Einigung über den Kauf von bundeseigenen Wohnungen.
- Über 400 landeseigene Wohnungen werden in Karlshorst vorzeitig bezugsfertig.

- Neues Konzept für Berliner Räume im Humboldt-Forum.
- Oberstufenzentren werden saniert und ausgebaut.
- Beschluss zur Sanierung des ICC.

JULI 2015

- Neuer Doppelhaushalt: weitere Konsolidierung und gezielte Investitionen.
- Programm „Aktive Zentren“ fördert fünf weitere Stadtgebiete.
- Berlin kontrolliert ab jetzt die gerechte Bezahlung von Frauen und Männern in der Verwaltung.
- Bis 2020 werden 5.000 Studierendenwohnungen gebaut

AUGUST 2015

- Nach Problemen am Lageso: Der Regierende Bürgermeister richtet einen landesweiten Koordinierungsstab zum Flüchtlingsmanagement ein.
- Senat und Mieten-Initiative einig bei Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter.
- Beteiligungsplattform meinBerlin startet.

SEPTEMBER 2015

- Bundesrat folgt Berlin beim Verkaufsstopp für das Dragonerareal in Kreuzberg.
- Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz und Wohnraumversorgungsgesetz vorgelegt.
- Der Wasserpreis bleibt bis 2020 stabil.
- Berlin erreicht beim Flüchtlingsgipfel finanzielle Zusagen des Bundes.

OKTOBER 2015

- Religions- und Lebenskundeunterricht werden finanziell gesichert.
- Bessere Förderbedingungen für Sozialbauwohnungen.
- Einschulungsalter erhöht.
- Besuch in Israel: Neue Kooperationen verabredet.
- Die ersten Jugendberufsagenturen starten die Beratung.
- Die Erstaufnahmestelle in der Bundesallee nimmt die Arbeit auf.
- Mehr Investitionsmittel für Krankenhäuser.
- Veranstaltungslärm: besserer Schutz der Anwohner.
- Landesunternehmen legen positive Bilanz vor.

NOVEMBER 2015

- Wohnungsbaugesellschaften erhalten 43 landeseigene Grundstücke zur Bebauung.

MELDUNGEN

STEUEREINNAHMEN
LEICHT STEIGEND

Das Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung für Berlin weist leicht steigende Steuereinnahmen für die nächsten beiden Jahre aus.

Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen führt die positive Erwartung für 2016 von 19,1 Mrd. Euro und für 2017 von 19,9 Mrd. Euro zurück auf die stabile bundesweite Wirtschaftsentwicklung, auf das Bevölkerungswachstum Berlins und die Bundesbeteiligung an den Kosten für Asylbegehrende.

SPATENSTICH
IM ZOO

Der Zoologische Garten wird in den nächsten 15 bis 20 Jahren für 60 Millionen Euro umgebaut.

Der Eingangsbereich wird kundenfreundlich erweitert, eine große Elefantenfreianlage mit Pool entsteht auf dem Gelände am Landwehrkanal, die Besucherwege werden übersichtlicher ausgedehnt und die allzu eng aneinander gereihten Gehege werden mit Grünpflanzen aufgelockert, ganz nach dem Motto: „Mittendrin – tierisch viel Vielfalt“.

HILFEN FÜR FRAUEN BEI
HÄUSLICHER GEWALT

Sechs geheime Zufluchtsorte mit 40 Wohnungen, eine Vielzahl von Hilfsangeboten, Beratungsstellen und die BIG-Hotline (030 - 611 03 00, rund um die Uhr) helfen den von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern.

Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, will die Hilfsangebote weiter verzahnen und verstärken, vor allem für psychisch besonders belastete oder kranke oder behinderte Frauen.

BERLINER WIRTSCHAFT
BIETET NEUE JOBS

40.000 neue Arbeitsplätze innerhalb von 12 Monaten – und der Aufschwung geht weiter.

In einer neuen Studie von Sparkasse und DIW rechnet ein Viertel aller Berliner Unternehmen im kommenden Jahr mit Neueinstellungen. Fast die Hälfte hat 2015 höhere Umsätze erzielt als im Vorjahr. Besonders die kleineren Betriebe verzeichnen eine höhere Nachfrage. Die aktuelle Geschäftslage beurteilen die Unternehmen erneut besser als in den Vorjahren.

„Eine gemeinsame Kraftanstrengung“

Appell von Michael Müller – Viele Initiativen und Projekte helfen den geflüchteten Menschen

Auch wenn nicht immer alles auf Anhieb geklappt hat: „Wir haben 58.000 Menschen helfen können.“ Das ist für Berlins Regierenden Bürgermeister Michael Müller die wohl wichtigste Botschaft in der aktuellen Debatte um die Unterbringung geflüchteter Menschen in Berlin.

„Ich glaube, wir können beides: Wir können Flüchtlingen helfen und überall in der Stadt die Lebensbedingungen für die Berlinerinnen und Berliner verbessern.“ Dazu sei aber eine „gemeinsame Kraftanstrengung“ notwendig.

Das sehen auch die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer so. Mehrere neue Initiativen haben sich inzwischen dort gegründet, wo neue Unterkünfte geschaffen wurden. Die große Hilfsbereitschaft hält an, Spenden werden vorbeigebracht. Der FC Union stellte für die kommenden Monate sein Fanhaus als Unterkunft zur Verfügung.

Mit Dieter Glietsch, dem ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten, gibt es inzwischen einen erfahrenen Organisator in der Senatskanzlei. Zuletzt trafen täglich rund 600 Schutzsuchende



Auch nach einem Bau temporärer Unterkünfte für geflüchtete Menschen bleiben die Freizeit- und Bewegungsmöglichkeiten auf dem Tempelhofer Feld erhalten.

Foto: Horb

in Berlin ein. Noch geht es vordringlich darum, für die Ankommenden rasch Unterkünfte und medizinische Versorgung zu organisieren und ihnen eine möglichst schnelle Registrierung zu ermöglichen. Aber es geht auch um dauerhafte Unterkünfte, um Integration, Arbeit und Sprachkurse.

In neun Berliner Gemeinschaftsunterkünften werden Kinder seit November mit Theateraufführungen von

„Märchenland e.V.“ und „Der Kleine Stern“ an die deutsche Sprache herangeführt. Eine Gelegenheit für die regionalen Sprachberaterinnen und -er, um ihnen eine möglichst schnelle Registrierung zu ermöglichen. Aber es geht auch um dauerhafte Unterkünfte, um Integration, Arbeit und Sprachkurse.

Ermutigend ist auch das Projekt ARRIVO angelangt, eine Ausbildungs- und Berufsinitiative zur Integration von geflüchteten Menschen, die u.a. von der Senatsverwaltung für Arbeit und der Handwerkskammer getragen wird. Bis Ende Oktober 2015 konnten dank dieser Maßnahme über 25 geflüchtete Menschen in unterschiedlichen Berliner Betrieben eine Ausbildung beginnen.

Internationale Lösungen sind gefragt, um in den Heimatländern der Geflüchteten wieder Perspektiven zu schaffen und gefährliche Fluchtwege überflüssig zu machen. Aber das hilft denen noch nicht, die derzeit erschöpft und übernachtigt in Berlin eintreffen. Für sie, so der Regierende Bürgermeister Michael Müller in einer an Deutlichkeit nicht zu übertreffenden Regierungserklärung, müssen jetzt Lösungen her. Müller legte einen Neun-Punkte-Plan vor, um die Unterbringung zu verbessern, schneller Personal einzustellen und Wege zu verkürzen. Im ehemaligen Flughafengebäude in Tempelhof wird eine weitere Registrierungsstelle eingerichtet, am Rande des Feldes will der Senat befristet Tragflughallen einrichten. Hier können, anders als auf den betonierten Flächen des Feldes, z.B. Versorgungsleitungen für Strom und Wasser leichter realisiert werden. „Es gilt, Menschen vor Obdachlosigkeit zu bewahren“, so Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD). Und es ist eine Lösung, die verträglicher ist als die weitere Nutzung von Turn- und Sporthallen. U.H.

Vom Dach in die Dose

Stadtwerke versorgen Mieterinnen und Mieter mit Ökostrom



Stadtwerke-Mitarbeiter Michael Bolle auf dem Dach der Rolandstraße 50a

Foto: Berliner Wasserbetriebe / Dennis Krischker

Eine lange Leitung braucht der Strom in der Pankower Rolandstraße 50 nicht. Er kommt direkt vom Dach in die Dose. Und ist auch deshalb ausgesprochen günstig.

Die 800 Quadratmeter große Photovoltaikanlage befindet sich auf einem Wohnhaus der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Gesobau. Und es ist eines der ersten Projekte der Berliner Stadtwerke, die 2014 vom Land Berlin als kommunales Unternehmen zur Stromversorgung gegründet wurden. Durch die Zusammenarbeit der beiden Landesunternehmen können in Pankow jetzt bis

zu 180 Mieterinnen und Mieter mit dem Strom vom Dach versorgt werden. Sie tragen damit nicht nur zum Klimaschutz bei, sie profitieren auch vom günstigen Tarif für den „Mieterstrom“.

Bis zum Jahr 2050 will der Senat den CO₂-Ausstoß in Berlin gegenüber dem Jahr 2010 um 85 Prozent senken. Das geht nur mit einem massiven Ausbau von erneuerbaren Energien. Die Berliner Stadtwerke bieten dazu den Bau von Solaranlagen oder Blockheizkraftwerken in Wohnanlagen an, die Kunden werden dann – wie jetzt in der Rolandstraße – zunächst in der Nachbarschaft gesucht.

Aber grundsätzlich sollen alle Berlinerinnen und Berliner solche Angebote nutzen können.

Engpässe bei der Versorgung gibt es nicht: „Falls die Sonne nicht scheint, liefern die Stadtwerke grünen Strom aus dem Berliner Umland“, beruhigt der Pankower SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup, der bei der Einweihung in der Rolandstraße dabei war. Eigene Windräder bauen die Stadtwerke auf den Berliner Stadtgütern in Brandenburg. U.H.

Mehr Informationen:
www.berlinerstadtwerke.de

BVG: Neue Züge für Berlin

Finanzsenator legt Finanzplanung vor

Der überalterte Fuhrpark der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) soll bis 2035 erneuert werden. 3,1 Milliarden Euro müssen dafür in den nächsten 20 Jahren aufgebracht werden.

Die neuen U-Bahnen und Straßenbahnen ersetzen nicht nur die marode Flotte, sie sollen in der wachsenden Stadt auch für weniger Gedränge in den Zügen sorgen. Dafür allein sind etwa 800 Mio. Euro eingeplant.

Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen hat dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses den Finanzierungsplan jetzt vorgelegt: Die Berliner Verkehrsbetriebe werden schrittweise entschuldet. Von 2016 bis 2019 erhält die BVG insgesamt 649 Millionen aus dem Landeshaushalt. Für diesen Zeitraum soll die BVG in Vorleistung gehen und selbst 480 Millionen Investitionsmittel bereitstellen. Erst 2020 wird der Landeshaushalt mit den Mitteln zur Modernisierung belastet werden, wenn nämlich ein neuer Vertrag zwischen dem Land und der BVG zustande gekommen ist.

Ein großer Teil dieser Investitionen wird mit Krediten bestritten werden. Ab 2016 werden neue Züge

angeschafft. Dann wird es noch mindestens fünf Jahre dauern, bis die ersten neuen Bahnen über die Schienen rollen.



Die BVG investiert in einen neuen Fuhrpark

Foto: Horb

Eine wichtige Botschaft des Finanzsenators: Bis 2020 werden die Tarife des öffentlichen Personennahverkehrs jährlich um nicht mehr als 1,8 Prozent steigen. Das Unternehmen verpflichtet sich, seinen Kostenbeitrag langfristig von 57 Prozent auf 62 Prozent zu erhöhen. Über diesen Weg, der vom Aufsichtsrat beschlossen wurde, berät nun das Berliner Abgeordnetenhauses.

Anja Hoffmann

Stimmungsvoll bis rummelig

Kunst und Klimbim, Ökologisches und Avantgardistisches: Die Berliner Weihnachtsmärkte öffnen

Gut drei Monate nach dem Verkaufsstart für Domino-Steine und Schokobrezeln wird es nun ernst: Die Berliner Weihnachtsmärkte laden zum Bummel und zum Einkauf ein.

Es sind zwei ziemlich gegensätzliche Typen von Weihnachtsmärkten. Da gibt es die rummeligen und trubeligen, mit der Massenverkostung von Glühwein, bei denen der Geruch von kandierten Mandeln die Besucherinnen und Besucher unweigerlich vorbei am blinkenden Bäumchen ins nächste Shopping-Center führt. Und es gibt die bedächtigen, die wohltätigen, die kunsthandwerklichen, auf denen die Töne der Weihnachtslieder noch aus echten Flöten kommen.

Gut hundert Hütten und eine riesige Erzgebirgspyramide sind wieder bis zum 27. Dezember am **Alexanderplatz** aufgebaut, nur ein paar Schritte weiter liegt der **„Wintertraum am Alexa“** mit Riesenrad, Jahrmarkt-buden und 90 Meter Freifall-Turm. Ein Riesenrad steht bis zum 29. Dezember auch an der **„Berliner Weihnachtszeit“ am Roten Rathaus**, wo in den Kulissen

Alt-Berliner Atmosphäre entstehen soll. Einen Euro kostet der Eintritt zum **„WeihnachtsZauber“ am Gendarmenmarkt**, einem kulinarisch-handwerklichen Angebot mit viel Musik. Nostalgisch mit Kunsthandwerk und kleinen Fahrgeschäften gibt sich wieder der Weihnachtsmarkt, der früher am Opernpalais und jetzt am Schlossplatz residiert. Aus Rodel- und Eisbahn mit angrenzendem kleinem Weihnachtsmarkt besteht die **„Winterwelt“ am Potsdamer Platz** bis zum 3. Januar. In der City-West sind rund 100 Buden und ein Streichelzoo beim **32. Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche** zu finden. Und vor der strahlenden Kulisse des **Charlottenburger Schlosses** halten 250 Anbieter weihnachtliche Überraschungen bereit.

Einer der größten Weihnachtsmärkte zieht sich durch die **Spandauer Altstadt**, werktags mit 250 Ständen, am Wochenende mit 400, einer Weihnachtskrippe mit lebendigen Tieren und – rund um die Nikolaikirche – mit viel Handwerkskunst. All



Überall strahlen wieder weihnachtliche Lichter – wie hier am Forum Steglitz.

Foto: Horb

diese Märkte haben täglich bis etwa 22 Uhr geöffnet.

Sehr viel individueller geht es dagegen beim **Holy Shit Shopping** zu, einem Design-Weihnachtsmarkt mit Grafik, Kunst und Fotografie am 12. und 13. Dezember im Kraftwerk Berlin (Köpenicker Straße 70). Der Eintritt kostet 5 Euro. 300 Designer und Kreative bieten hier ihre meist einmaligen Produkte an. Ebenfalls am 3. Adventswochenende kommen Ernährungsbegeisterte beim ersten **vegan-vegetarischen Weihnachtsmarkt im Glashaus**

der **Arena Berlin** (Eichenstraße 4) beim Kosten auf ihre Kosten. Ein Wochenende später öffnet das Umspannwerk Kreuzberg in der Ohlauer Straße 43 seine Hallen für **„Nowkoelln Weihnachtsflowmarkt“** mit Mode, Secondhand und Design.

Viel Kunsthandwerk ist an den Adventswochenenden in Mittes Sophienstraße nahe den Hackeschen Höfen versammelt. Gezeichnetes, Verziertes, Natürliches und Nahrhaftes findet sich sonntags bis 20 Uhr und sonntags bis 19 Uhr

beim **„Umwelt- und Weihnachtsmarkt“** entlang der schmalen, altertümlichen Straße in den Buden und Läden. Verspielt und traumhaft geht es bei der **Nordischen Märchenweihnacht auf dem Gutshof Schloss Britz** am 3. und 4. Adventswochenende zu. Hier werden Kerzen gezogen und Krippenfiguren geschnitzt. Der Eintritt kostet 3 Euro. Stimmungsvoll geht es an den Adventswochenenden auch auf der **Domäne Dahlem** (Königin-Luise-Straße 49) zwischen Glühwein und Kunsthandwerk zu. Musik

und Bastelangebote für Kinder machen aus dem Besuch ein Familienerlebnis. Mit einem Anschnitt eines zwei Meter langen Stollen beginnt am 11. Dezember der **Weihnachtsmarkt am Schloss Köpenick**. Bis zum 13. Dezember 2015 gibt es ein Bühnenprogramm, abendliches Turmblasen, Punsch, Keramik und Weihnachts schmuck.

Schmiede- und Webarbeiten sowie Porzellanmalerei sind beim **Weihnachtsmarkt auf Lehmanns Bauernhof** (Alt-Marienfelde 35) in Tempelhof zu bewundern und zu erwerben. Geöffnet ist am zweiten und dritten Advent von Freitag bis Sonntag vom frühen Nachmittag bis 20 Uhr. Nur an den Adventswochenenden hat der **Weihnachtsmarkt am Winterfeldplatz** in Schöneberg geöffnet. Spielzeug, Schmuck und Töpferwaren sind im Angebot. Künstlerinnen und Künstler bieten an den Adventswochenenden ihre Produkte wieder am **Zehlendorfer Mexikoplatz** an. U.H.

Alle Weihnachtsmärkte unter www.weihnachteninberlin.de

Wiederentdeckt

Fotografien von Germaine Krull (1897-1985) im Gropiusbau



Germaine Krull: Selbstportrait, Paris (1927) - Alte Architektur: Druck der Uhrzeit (1928)



© Estate Germaine Krull, Museum Folkwang, Essen

Das Berlin der 1920er Jahre übte auf Künstler eine besondere Anziehung aus. So kam 1920 die junge Fotografin Germaine Krull in die Stadt, die sich an der Seite von Kurt Eisner für die Münchner Räterepublik engagiert hatte und deshalb dort verbannt worden war.

Sie betrieb in Ku-Damm-Nähe ein Fotoatelier, machte sich unter anderem mit eindrucksvollen Aktstudien einen Namen in der Fotografenzunft. Mit 20 Fotografien war sie 1929 in der berühmten Avantgardeschau „Film und Foto“ im Berliner Gropiusbau präsent. Jetzt hat Gereon Sievernich,

Direktor des Martin-Gropius-Baus, eine beachtenswerte Werkschau Germaine Krulls nach Berlin geholt.

Germaine Krull zeigt sich hier vielseitig, beeindruckt mit Fotoreportagen über Arbeiterinnen in Frankreich, Obdachlose und Studien über eiserne Zeitzeugen eines technisierten Zeitalters: den Eiffelturm wie auch Kräne oder Hochöfen. Mit dem damals noch unbekanntem Dokumentarfilmer Joris Ivens verlässt sie 1925 Berlin, geht in die Niederlande, von dort nach Paris und ist dort in der künstlerischen Montmartreszene eine geschätzte Fotografin. Sie arbeitet

für ambitionierte Magazine, fotografiert Mode. Sie zählt zu den avantgardistischen und prägenden Fotografen der zwanziger und dreißiger Jahre. Walter Benjamin zählt sie in einem Essay zu den großen Fotografen wie August Sander und Karl Bloßfeldt.

Das politische Herz der Germaine Krull schlägt links, nach ihrer Teilnahme an der Münchner Räterepublik besucht sie die junge Sowjetunion, wird über Monate inhaftiert und bleibt nach ihrer Rückkehr ihrer sozialistischen Einstellung treu. Nach der Besetzung Frankreichs durch die Wehrmacht schließt sie sich

Charles de Gaulles Widerstandsbewegung „France libre“ an, fotografiert 1944/45 den Vormarsch der Alliierten. Danach arbeitet sie als Fotokorrespondentin in Asien, wird für zwei Jahrzehnte Hotelmanagerin in Bangkok und wendet sich dem Buddhismus zu, lebt einige Jahre in Nordindien bei Tibetern im Exil, auch dort entstehen eindrucksvolle Fotos. Nach einem Schlaganfall kehrt sie 1983 nach Deutschland zurück, stirbt 1985 verarmt und vergessen in Wetzlar.

Der Martin-Gropius-Bau zeigt in Kooperation mit dem Pariser Museum Jeu de Peau 130 Fotografien und Reportagen. Die Ausstellung präsentiert eine endlich wiederentdeckte vielseitige Künstlerin mit einer bewegenden Biografie und eine politischen Zeitzeugin des 20. Jahrhunderts.

Gunter Lange

Die Ausstellung **Germaine Krull – Fotografien** ist bis zum 31. Januar 2016 im Berliner Martin-Gropius-Bau zu sehen, geöffnet Mittwoch bis Montag, von 10-19 Uhr, Eintritt 8 Euro, ermäßigt 6 Euro.

Einen empfehlenswerten Katalog hat der Kreuzberger Hatje Cantz Verlag herausgegeben: 25 Euro in der Ausstellung, 39,90 Euro im Buchhandel

Verweigerte Anerkennung

Ausstellung zur „Wiedergutmachung“



Mit der Befreiung von der Nazi-Diktatur im Mai 1945 war das NS-Kapitel keineswegs abgeschlossen. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand zeigt unter dem Titel „Verfahren. Wiedergutmachung im geteilten Berlin“ eine vom Aktiven Museum Faschismus und Widerstand e. V. konzipierte Ausstellung mit biografischen Beispielen, dass Entschädigung nicht mit gleicher Elle gemessen wurde.

Unterschiedliche Praktiken der Entschädigung waren teils im politischen Standort des Betroffenen begründet, teils in der gesellschaftlichen Einordnung, wie das Beispiel der Sinti und Roma, der Obdachlosen oder Homosexuellen hier zeigt. Die Entschädigungsverfahren geben bei vielen dieser Beispiele die politische Atmosphäre des Kalten Krieges wieder.

Den Umgang mit der Rückgabe während der Nazizeit geraubten Vermögens zeigen in der Ausstellung mehrere beschämende Do-

kumente zu Entschädigungsverfahren in West sowie Ost.

Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte, bekannte zu dieser Ausstellung: „Bei diesem Thema überkommt mich die kalte Wut!“ Der Zeitpunkt für diese informative Ausstellung ist gut gewählt: Für die heutigen Generationen ist die deutsche Nachkriegszeit endlos weit weg, und unmittelbar Betroffene gibt es kaum noch, die als Zeitzeugen die Kehrseite der „Wiedergutmachung“ authentisch beschreiben könnten.

Gunter Lange

Die Ausstellung ist in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13-14, bis zum 14. Januar 2016 zu sehen, täglich von 9 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, samstags und sonntags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt ist frei.

Zu dieser Ausstellung ist ein empfehlenswerter Begleitband im Lukas Verlag Berlin-Kreuzberg erschienen

Gut zu wissen

Stadtblatt-Service: Finanzen – Steuern – Umzug – Lärmschutz – Versicherung – Abgase – Heizen

GIROKONTO

Vom 1. Juni 2016 an sind Banken verpflichtet, ein „Basiskonto“ mit grundlegenden Zahlungsfunktionen anzubieten.



Das Recht auf ein Girokonto hilft auch Obdachlosen und Asylbewerbern.

Foto: Abode Stock / Pixelot

Von einem solchen Konto sind Überweisungen möglich, so lange ein Guthaben vorhanden ist. Die Sparkassen hatten sich bereits 2012 zu einem solchen Angebot verpflichtet. In Deutschland haben etwa 600.000 Menschen kein eigenes Girokonto. Ohne Konto aber hat man z.B. schlechtere Chancen auf einen Job oder eine Wohnung. Das Recht auf ein Basiskonto sei deshalb ein „zentraler Schritt“, damit alle Menschen „voll am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können“, so Bundesverbraucherschutzminister Heiko Maas (SPD).

FREISTELLUNGSANTRAG

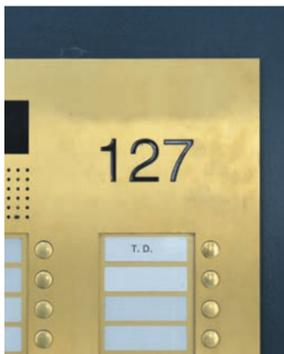
Zinserträge für Geldanlagen sind derzeit nicht allzu hoch. Umso mehr schmerzt es, wenn davon die Kapitalertragssteuer von 25 Prozent plus Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls der Kirchensteuer abgezogen wird.

Bis zur Freigrenze von 801 Euro können deshalb bei der Bank Freistellungsaufträge eingereicht werden. Dann müssen zu viel gezahlte Kapitalertragssteuern nicht erst im Folgejahr über eine Einkommenssteuererklärung zurückgeholt werden. Zum Jahresbeginn 2016 verlieren allerdings alle die bei der Bank deponierten Freistellungsaufträge ihre Gültigkeit, auf denen keine Steueridentifikationsnummer vermerkt ist. Beim nächsten Bankbesuch sollte das geprüft werden. Viele Banken bieten auch online die Möglichkeit zur Erneuerung.

VERMIETER-BESCHEINIGUNG

Vor zehn Jahren war die Regelung abgeschafft worden, seit 1. November gilt sie wieder: Beim Ein- oder Auszug muss der Vermieter seinen Mietern innerhalb von zwei Wochen eine Bescheinigung ausstellen, aus der Anschrift und Lage der Wohnung sowie das Umzugsdatum hervorgehen.

Mieter wiederum sind verpflichtet, ihren Wohnort-



Wer umzieht, muss jetzt neue Regeln beachten. Foto: Horb

wechsel innerhalb von 14 Tagen bei einem der 40 Bürgerämter unter Vorlage der Bescheinigung zu melden. Die Vermieterbescheinigung soll verhindern, dass sich Kriminelle Scheinadressen besorgen. Falsch ausgestellte Vermieterbescheinigungen können daher mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro geahndet werden.

SCHALLSCHUTZ

Fast 1,4 Millionen Euro stellt das Land Berlin als Förderung zur Verfügung, um an lauten Straßen das Wohnen leiser zu machen.

Der Spandauer SPD-Abgeordnete und Umweltpolizeist Daniel Buchholz weist darauf hin, dass das erfolgreiche Berliner Schallschutzfenster-Programm durch eine Mittelaufstockung ausgebaut wird. Förderfähig ist jetzt auch die Runderneuerung typischer Holzkastenfenster. Holzkasten-Doppelfenster gehören

zum typischen Bild vieler Berliner Altbauten. Richtig aufgearbeitet können sie moderne Schallschutzanforderungen erfüllen (mindestens Schallschutzklasse 4) und länger halten als manch modernes Fenster. Das spart wertvolle Ressourcen und senkt zugleich den Heizenergieverbrauch.

Wem der Verkehr vor dem Fenster zu viel Lärm macht, der kann im Internet unter www.berlin.de/schallschutzfenster prüfen, ob die eigene Adresse unter das Programm fällt.



Auch die Erneuerung alter Holzkastenfenster wird gefördert. Foto: Horb

UNFALLSCHUTZ

Wer sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagiert, ist gesetzlich gegen Unfälle versichert, wenn die Aufgaben im Auftrag der Kommune oder der von ihr beauftragten Organisation erledigt werden.

Auch bei einem Unfall auf dem Weg zum Einsatzort

oder von dort nach Hause übernimmt die gesetzliche Unfallversicherung die Kosten für eine Heilbehandlung oder Rehabilitation. Gesetzlichen Versicherungsschutz haben auch Asylbewerberinnen und -bewerber, die im Auftrag der Kommune gemeinnützige Arbeiten ausführen.

VW-RÜCKRUF

Mindestens 2,4 Millionen Wagen von Volkswagen, Škoda, Seat und Audi müssen in Deutschland von ihren Herstellern so umgerüstet werden, dass sie nicht nur auf dem Prüfstand die Abgasnormen einhalten.

Volkswagen bietet auf info.volkswagen.de einen Check an, bei dem mit der Fahrzeug-Identifizierungsnummer (FIN), die vorne im Service-Handbuch oder im unteren Bereich der Windschutzscheibe zu finden ist, geprüft werden kann, ob der Wagen betroffen ist. Die Rückrufaktion wird erst 2016 beginnen, wenn die technischen Lösungen klar sind. Fraglich ist, ob Aktienbesitzer den rund vierzigprozentigen Wertverlust ihrer VW-Anteile einklagen können. Die besten Chancen dürften diejenigen haben, die ihre VW-Aktien zwischen dem 3. September 2015 und dem öffentlichen Bekanntwerden des Skandals gekauft haben. Denn mit der Anfrage der US-Be-

hörden bei VW hätte eine solche kursrelevante Information eigentlich veröffentlicht werden müssen.

HEIZKOSTEN

Es war ein milder Start in die diesjährige Heizperiode. Wer seine Heizkosten aber auch bei niedrigeren Außentemperaturen im Griff behalten will, hat dies im wahrsten Sinne des Wortes selbst in der Hand: mit dem Dreh am Heizungsgriff.



Mit dem richtigen Dreh kann jeder Heizkosten sparen.

Foto: Horb

Für die meisten Haushalte macht die Heizung nach wie vor den größten Anteil an der Energierechnung aus, weiß man in der Berliner Verbraucherzentrale. Einfachster Rat: nicht voll aufdrehen. Die Einstellung „3“ entspricht in der Regel der gewünschten Raumtemperatur von 20 Grad. Jedes Grad weniger spart sechs Prozent Heizenergie, für das Schlafzimmer empfiehlt die Verbraucherzentrale 16 bis 18 Grad, im Bad dürfe es dagegen ruhig wärmer sein.

Wichtig für die Raumtemperatur ist die Luftzirkulation. Heizkörper sollten daher nicht zugestellt werden, auch Vorhänge können die Thermostate beeinflussen. Wer tagsüber nicht zu Hause ist, kann die Heizung beim Verlassen der Wohnung herunterdrehen. Es gibt aber für etwa 20 Euro auch Thermostate mit Zeitschaltuhren, die so programmiert werden können, dass die Heizung anspringt, kurz bevor man nach Hause kommt.

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale informiert online, telefonisch oder mit einem persönlichen Beratungsgespräch anbieterunabhängig und individuell. Für einkommensschwache Haushalte mit entsprechendem Nachweis sind die Beratungsangebote kostenfrei. Mehr Informationen gibt es im Internet auf www.verbraucherzentrale-energieberatung.de

Berliner Preisrätsel

ZU GEWINNEN: BÜCHER ZUR BERLINER GESCHICHTE

WAAGERECHT

- 1 bestätigt die Regel
5 davon hat man viel zu wenig
10 so geht man durch

- den Schnee
11 sie rückt um diese Jahreszeit zusammen
12 desto folgt
13 Kinderspaß auf Kufen

- 14 perfekte Wundheilung
16 kalt, weiß, glühweintauglich
21 Was geht ab auf den Straßen?

- 25 wirft Hertha oft zurück
29 Boden eines Gewässers
30 inoffizieller Mitarbeiter (Abk.)
31 blanker Unsinn
32 jetzt an dieser Stelle
33 begleitet den Schnupfen
34 Wasservogel mit Herbstgewürz

- 28 Drogeriekette
32 mit schwarzen Spitzen im Berliner Aquarium

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben einen Ausruf, der jetzt, im Winter, vielen Berlinerinnen und Berlinern zugerufen wird, auf dass er heilsam sei.

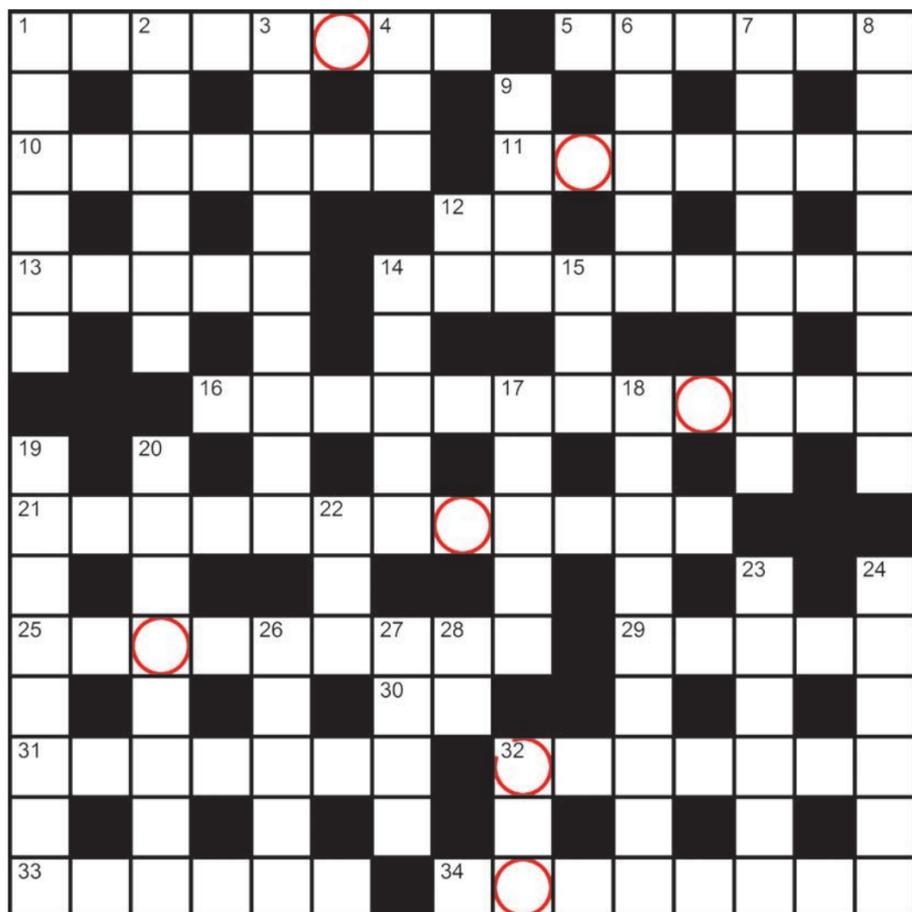
Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis zum 8. Januar 2016 per Post an das Berliner Stadtblatt Müllerstraße 163 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de

DIE GEWINNE

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir zehn Bücher zur Berliner Geschichte.

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war: **SOLIDARITÄT** Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.



IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken und Berlin-Beilage (Seiten 3 bis 6) zu den Bezirksausgaben in Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick, Friedrichshain-Kreuzberg

Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführer Dennis Buchner
(V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landeseiten:
Ulrich Horb (CvD), Gunter Lange,
Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen

Rätselerstellung: Ulrich Schulte Döinghaus

Grafik: Hans Kegel

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Beratungen zum Wohngeld

90 Prozent mehr Anspruchsberechtigte im Bezirk erwartet

Bundesregierung und Bundestag haben Verbesserungen beim Wohngeld beschlossen. Mehr Menschen in Deutschland werden Ansprüche auf Wohngeld oder Lastenzuschüsse (für Hauseigentümer) haben. Die Wohngeldhöhe steigt zudem vielfach an. Die letzte Novellierung des Wohngeldes liegt mit dem Jahr 2009 nun bereits längere Zeit zurück. Insbesondere in den Großstädten, in denen Mieten in den vergangenen Jahren stärker gestiegen sind,

wird es damit zu Verbesserungen in der Unterstützung der Menschen mit geringen Einkommen geben. „Wir rechnen mit etwa 90 Prozent mehr Anspruchsberechtigten auf Wohngeld im Bezirk Treptow-Köpenick“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel, der in seiner Abteilung auch für die Bearbeitung von Wohngeld beim Fachbereich Wohnen zuständig ist. „Wir haben uns deshalb dafür entschieden, eine eigene Annahmestelle für Wohngeldanträge im

Rathaus Köpenick einzurichten, in der auch offene Fragen beantwortet werden“, sagte Igel. So könne die spätere Bearbeitung schneller gehen und die Bürgerinnen und Bürger erhalten die wichtigsten Informationen zu ihren Ansprüchen bereits im Gespräch im Amt. Bis zum 12. Februar 2016 besteht diese Möglichkeit, für die eine Terminvereinbarung zur Beratung notwendig ist. Ein Termin kann telefonisch unter 90297-2090 verabredet werden.

„Weihnachtsinsel“ Köpenick

Altstadt Köpenick verwandelt sich wieder in „Weihnachtsinsel“



Foto: Katharina Stillisch

Bereits zum dritten Mal können in der Altstadt Köpenick vom 11. bis 13. Dezember nicht nur Weihnachtsleckereien genossen und nicht alltägliche Geschenke erworben werden, sondern auch Musik und Kultur erlebt werden. Dabei ist das allabendliche Turmblasen vom Balkon des Schlosses Köpenick ebenso zur Tradition geworden wie der feierliche Stollenanschnitt mit Bäckermeister Rainer Schwadtke von der Dresdner Feinbäckerei am

Freitagabend zusammen mit der Hauptmanngarde. „Der Köpenicker Weihnachtsmarkt hat sich inzwischen in ganz Berlin einen Namen gemacht und wird als niveauvolles Weihnachtserlebnis geschätzt. Wir freuen

uns deshalb auch in diesem Jahr wieder auf Köpenick, die Weihnachtsinsel“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel, der am 11. Dezember erneut den Weihnachtsstollen anschneiden und verteilen wird.

NEUES AUS DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG (BVV) TREPTOW-KÖPENICK

Die BVV am 12.11.2015 war eine ungewöhnlich kurze Sitzung, da zahlreiche Beschlussempfehlungen im Konsens abgestimmt werden konnten. Eine wichtige Beschlussempfehlung lag mit dem Bürgerantrag „Rettet die Kultur - Für den Erhalt des Stadttheater Köpenick“ vor. Der Ausschuss hatte den Antrag gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umfassend beraten und sprach sich dafür aus, dass das Stadttheater Köpenick bei der Erstellung des „Maßnahmeplanes zur Sicherung, Neustrukturierung und finanziellen Konsolidierung der Bildungs- und Kulturangebote“ berücksichtigt

wird. Dem ursprünglichen Ansinnen des Antrages, die Kürzungen der Zuwendungen für das Stadttheater aufzuheben, konnte nicht entsprochen werden, da der Bezirk keine Kürzung seiner Zuwendungen vorgenommen hatte. Vielmehr geriet das Stadttheater durch den Wegfall von 1-Euro-Jobs in die derzeitige Situation.

Heftig diskutiert wurde ein Bezirksamtsbericht zu einem BVV-Beschluss, der dem Bezirksamt empfahl sich für die Einrichtung von zusätzlichen Postadressen für obdach- und wohnungslose Menschen einzusetzen. Der Antragsteller Lars Düsterhöft (SPD) erklärte, dass es der-

zeit nur zwei Einrichtungen in Berlin gibt, bei denen obdachlose Menschen eine Postanschrift bekommen können und diese wichtig sind, um bspw. Anträge bei Behörden stellen zu können oder um sich für einen Job zu bewerben. Das Bezirksamt schrieb einen Brief an die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Diese konnte den Bedarf nicht beurteilen und verwies auf die Zuständigkeit des Bezirkes. Hieraus leitete der Sozialstadtrat Gernot Klemm (Die Linke) ab, dass es keinen Bedarf gäbe. Dem widersprach die BVV und beauftragte das Bezirksamt erneut sich um das Anliegen zu kümmern.

Wir trauern um Stephan Bünger

Alle, die ihn geschätzt und geliebt haben, sind völlig fassungslos, wie plötzlich Stephan Bünger uns verlassen hat. Nicht nur als Bürgerdeputierter im Jugendhilfeausschuss hat sich Stephan Bünger unglaublich verdient gemacht - sein Engagement für Altglienicke mit dem Familienbegegnungszentrum, als Einzelfallhelfer in der Jugendhilfe und vielen mehr hat er sich einen herausragenden Namen erarbeitet. Er war Kämpfer für die Schwachen in unserer Gesellschaft, die sich in seinen Armen geborgen fühlen konnten.

Wir haben nicht nur einen tollen Sozialdemokraten verloren, von uns ist ein Menschenfreund gegangen. Wir können es nicht fassen. Wir trauern.



Tram 67 soll samstags fahren

Zu den Sommerferien hatte die BVV den Verkehr der Linie 67 an den Samstagen eingestellt. Noch immer wird es am ganzen Wochenende enger in den Straßenbahnen. Es sind Maßnahmen, die die Überstunden und den Personalmangel der BVG ausgleichen. Dies geht zu Lasten

der Fahrgäste. Auch wenn am Wochenende die Studierenden der HTW die Linie kaum nutzen, ist der Bedarf hoch. Knapp 3.000 Gäste nutzten die Linie 67 samstags. Sie gewährleistet einen 10-Minuten-Takt für die Verbindung zwischen Schönneweide, der Altstadt und

dem Krankenhaus Köpenick. Die BVV empfiehlt daher, sich für die Wiederinbetriebnahme der Linie am Samstag einzusetzen. Die SPD-Fraktion macht sich auch für die schnellere Umrüstung aller Linien in Treptow-Köpenick auf die barrierearme Niederflurbahn stark.

„Dein Treptow-Köpenick“ gewürdigt

Die im Rahmen der neuen Tourismuskonzeption für Treptow-Köpenick entwickelte Marke „Dein Treptow-Köpenick“ ist auf europäischer Ebene gewürdigt worden. Unter 19 vorgeschlagenen Städten in Europa gelangte der Bezirk Treptow-Köpenick neben den Städten Basel und Nantes in die engere Auswahl für die Auszeich-

nung „Europäische Kulturtourismusregion des Jahres“. Basel setzte sich am Ende durch. „Dass Treptow-Köpenick überhaupt in die engere Auswahl kam, ist ein großer Erfolg für unser Tourismusprojekt, an dem neben dem Tourismusverein das Bezirksamt gearbeitet hat. Es ist ein stolzes Ergebnis, so nah an eine europäische Würdigung

gekommen zu sein“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Die Marke „Dein Treptow-Köpenick“ soll nicht nur in der Tourismuswerbung für den Bezirk eingesetzt werden, sondern die Identifikation mit Treptow-Köpenick insgesamt stärken und ist damit für alle gesellschaftlichen Bereiche von der Wirtschaft bis zum Sport interessant.

Neue Mittelinseln und Ampeln

Aus den aktuellen Meldungen des BVV-Vorstehers ist zu entnehmen, dass im nächsten Jahr wieder einige Mittelinseln und Fußgängerwege entstehen, die die Bezirksverordnetenversammlung vorgeschlagen hat. Sie sollen den Fußgängerverkehr sicherer gestalten.

In **Altglienicke** soll in der Wegedornstraße auf Höhe der Semmelweisstraße eine Mittelinsel gebaut werden. Die Wegedornstraße hat eine steigende Verkehrsbelastung zu verzeichnen und gleichzeitig befindet sich an dieser Kreuzung ein Umsteigepunkt dreier Buslinien, der eine Überquerung der Fußgängerinnen und Fußgänger verlangt. Die Initiative der Lin-

ken aus dem Jahr 2013 wurde in der BVV einstimmig beschlossen.

Bei der Realisierung der Ampel am **Wuhleweg** bei der Alten Försterei muss man leider noch Geduld haben. Inzwischen ist sie von der Senatsverwaltung zwar angeordnet, aber der Bau soll erst im Zuge des Ersatzbaus der Pyramidenbrücke erfolgen. Die Fraktionen von SPD, CDU und Grünen hatten sich lange für eine bessere Situation für den Fuß- und Radverkehr an dieser Stelle eingesetzt.

Im Frühjahr 2016 wird nach Beendigung der Frostperiode in **Bohnsdorf** in Höhe der Einmündung des Advokatensteiges eine Querungsmöglichkeit für den Fußgän-

gerverkehr eingebaut. Die SPD-Fraktion hatte im Sommer 2013 dazu die Initiative mit Beitritt der CDU eingebracht.

Am **Strandbad Rahnsdorf** kann dagegen leider kein Fußgängerüberweg angeordnet werden, obwohl die Verkehrslenkung Berlin dort auch eine Notwendigkeit sieht. Die Richtlinien für den Bau Fußgängerüberwege sprechen dagegen. Die Menge des Kraftfahrzeugverkehrs ist zu hoch und der Überweg wäre nicht sicher genug. Die Piraten hatten mit Beitritt der Grünen einen Zebrastrifen an dieser Stelle gefordert.

Fußweg wieder beleuchtet

Friedrichshagener kennen und nutzen ihn gern. Den kleinen Fußweg neben dem Rathaus Friedrichshagen, der die Bölschestraße mit der Albert-Schweitzer-Straße verbindet. Nachdem die Betreibergesellschaft Rathaus Friedrichshagen selbiges übernommen hatte und nun engagiert entwickelt, stellte sich bald schon die Frage nach dem Fußweg. Damit dieser für die Bevölkerung nutzbar und zugänglich bleibt, wurde er auf Initiative der bezirklichen SPD-Fraktion frühzeitig in bezirkliches Fachvermögen übernommen. Damit entfiel jedoch die Beleuchtung, die jahrelang vom damaligen Nutzer des Rathauses, der Polizei, gewährleistet war. Angesichts hoher Betriebskosten war die unentgeltliche Beleuchtung nicht vom neuen Rathaus-



betreiber zu verlangen. Einer der ersten Gesellschafter und Mieter im Haus, das Wahlkreisbüro der Abgeordneten Renate Harant (Berliner Abgeordnetenhaus) und Matthias Schmidt (Deutscher Bundestag) wurde frühzeitig gebeten, die Beleuchtung wieder sicher zu stellen. In einer Kleinen Anfrage klärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD in

der BVV Treptow-Köpenick, Karin Zehrer, die Eckdaten. Für Beleuchtung öffentlichen Straßenlandes ist das Land zuständig. Es folgten Schriftwechsel zwischen dem Wahlkreisbüro, dem Rathausbetreiber, dem bezirklichen Tiefbauamt und der zuständigen Senatsverwaltung. Mit Erfolg. „Auch wenn es nur um gut hundert Meter geht, ist uns doch sehr daran gelegen, dass die Anwohner wieder hell und sicher ihren gewohnten Weg nehmen können. Gern haben wir geholfen, die Realisierung voranzutreiben und freuen uns, dass Bürgerinnen und Bürger auch in der dunklen Jahreszeit auf dem kürzestem Weg zu uns und in die anderen Einrichtungen des Rathauses finden“, so Renate Harant und Matthias Schmidt.

Neue Trinkbrunnen



Auch 2016 werden die Berlinerinnen und Berlinern wieder vier Trinkwasserbrunnen von den Berliner Wasserbetrieben geschenkt bekommen. Wo die Brun-

nen hinkommen entscheidet eine Onlineabstimmung an der sich jede/r bis zum 31.12.2015 beteiligen kann. 19 Standorte stehen zu Wahl. Platz 1 mit über 6.000 Stimmen ist derzeit der Schlossplatz Köpenick. Machen Sie mit beim Online-Voting, damit wir im nächsten Jahr in der Altstadt Köpenick einen Trinkwasserbrunnen bekommen. Sie können abstimmen unter:

www.bwb.de/content/lanaguage1/html/7673.php

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion in der BVV
Treptow-Köpenick
Neue Krugallee 4
12435 Berlin

Kontakt:
buero@spd-fraktion-tk.de
www.spd-fraktion-tk.de

V.i.S.d.P.:
Gabriele Schmitz
(Fraktionsvorsitzende)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
L. Düsterhöft, A. Freier,
R. Hölmer, O. Igel,
A. Rostalski, G. Schmitz,
K. Zehrer

KURZMELDUNGEN

180 IDEEN FÜR
TREPLOW-KÖPENICK

Über 180 Ideen kamen bei drei Regionalkonferenzen zusammen, zu denen die SPD-Fraktion im September eingeladen hatte. Nun ist die Fraktion dabei, die Vorschläge abzuwickeln. Zur letzten BVV wurde bereits eine Idee eingebracht: die Zeiten der benachbarten Schleusen in Brandenburg sollen dem Sport- und Freizeitverkehr besser angepasst werden.

PREIS FÜR
ZIVILCOURAGE 2015

Auch für das Jahr 2015 verleiht die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick den Preis für Zivilcourage an bis zu drei Personen, Vereine, Organisationen oder Initiativen.

Der Bezirksverordnetenvorsteher Peter Groos bittet alle Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes um entsprechende Vorschläge nebst ausführlicher Begründung. Bitte senden Sie Ihre Vorschläge bis zum 31. Dezember 2015 schriftlich an das Büro der BVV (Postanschrift: BVV Treptow-Köpenick, Postfach 910240, 12414 Berlin).

SCHULE OHNE
RASSISMUS - SCHULE
MIT COURAGE

Was verbindet die Montgolfier-Schule mit der Grünauer Gemeinschaftsschule, der Archhold-Schule, der Anne-Frank-Schule, der Evangelischen Schule und der Bewegten Schule? Ein Titel, eine Auszeichnung, ein Programm. Sie sind Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage. Neu und in bester Gesellschaft ist die Wilhelm-Bölsche-Schule, die ebenfalls seit dem 9. November 2015 SoR-SmC, so die Abkürzung, ist. Das geschichtsträchtige Datum wurde bewusst gewählt. Matthias Schmidt, Bundestagsabgeordneter und einer der Paten der Aktion, half in der Vorbereitung und sicherte zu bei den jährlichen Projekten zu Demokratie und Toleranz behilflich zu sein. Mit weiteren Paten, die alle „Union“ im Namen tragen, hat die Schule breite Unterstützung gefunden: Kino Union, 1. FC Union, und das Unionhilfswerk, das im Ortsteil Rahnsdorf eine Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen betreibt. Insgesamt beweisen inzwischen über 70 Berliner Schulen mit Worten und Taten, Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage zu sein.

Treptow-Köpenick investiert in Jugendarbeit!

In seiner letzten Sitzung am 4. November 2015 hat der Jugendhilfeausschuss mit Stimmen der Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Grünen umfangreiche Verbesserungen bei der Finanzierung der Jugendarbeit erwirkt.

Dazu erklärt der jugendpolitische Experte der SPD-Fraktion und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Alexander Freier: „Nach langen und intensiven Beratungen ist es uns gelungen, deutliche Fortschritte für den Jugendbereich in Treptow-Köpenick zu erreichen. Insgesamt werden wir im Doppelhaushalt 2016/2017 4,8 Mio. Euro und somit 260.000 Euro mehr als in den Vorjahren für die Jugendarbeit im Bezirk investieren. Mit dem Aufwuchs ermöglichen wir erstmalig die lange überfällige tarifliche Bezahlung für die engagierten Teams in den Jugendfreizeiteinrichtungen. An vielen Stellen können wir auch mehr Personal und Honorare in den Einrichtungen finanzieren. Das ist ein großer Erfolg



Die Mitarbeiter des Kinderzirkus Cabuwazi in Alt-Treptow können sich 2016/17 über Tarifierhöhungen freuen.

Foto: Katharina Stillisch

und eine Anerkennung für die hervorragende Arbeit, die in den Einrichtungen geleistet wird.“

„Darüber hinaus werden wir mit dem Geld die gestiegenen Betriebskosten finanzieren und auch neue Projekte, wie den Kinderbauernhof auf dem Abenteuerspielplatz „Waslala“ in Altglienicke oder auch die „Bude“ im Allende Viertel fördern. Das ist ein gutes Ergebnis der intensiven Arbeit im Ausschuss der vergangenen Jahre, wo vorrangig Schließungen entgegenge-

wirkt werden musste. Das schafft erstmalig Freiraum für die Weiterentwicklung des Bereichs und darüber freue ich mich sehr“, so der Jugendpolitiker Alexander Freier weiter. „Letztlich ist es uns auch gelungen, die Schließung der Schulstation in der Bouche-Schule abzuwenden. Damit tragen wir auch den Bedürfnissen von zahlreichen Eltern und Schülerinnen und Schülern Rechnung.“

Besonderes Augenmerk legte der Jugendhilfeausschuss auf Gebiete mit sozial ange-

spannter Lage. Die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Grit Rohde dazu: „Es ist uns gelungen, die Jugendfreizeitangebote von Rahnsdorf bis Alt-Treptow für die Haushaltsjahre 2016/2017 zu erhalten. In einigen sozialen Brennpunkten, wie z.B. Altglienicke, der Köllnischen Vorstadt und Schönweide können Einrichtungen besser mit Personal ausgestattet werden. Das ist ein riesiger Erfolg, der uns aber trotzdem nicht zufrieden stellen kann. Kinder- und Jugendarbeit muss sich weiterentwickeln und sich den Ansprüchen der Kinder und Jugendlichen anpassen. Auch die sich ändernden Anforderungen, die an Kinder und Jugendliche in Schule und Ausbildung gestellt werden, müssen in der Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigt werden. Unabhängig von der Trägerschaft der Einrichtungen wird sich die SPD auch weiterhin für eine enge Kooperation der Akteure_innen der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk einsetzen, um ge-

meinsam dem weiteren Abbau von Leistungen des SGB VIII entgegen zu wirken.“

Bei dem beschlossenen Trärgertausch zwischen dem „Inhouse“ in Oberschöne-weide und dem „Horn“ in Köpenicker-Nord wurde das Problem der mangelnden Barrierefreiheit einiger Einrichtungen deutlich. Hierzu der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied des Jugendhilfeausschusses Lars Düsterhöft: „Wir wollen Inklusion. Dies gilt gerade auch für die Jugendarbeit. Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen müssen genauso Zugang zu allen Jugendfreizeiteinrichtungen haben und dürfen nicht an einem Besuch, beispielsweise durch einen fehlenden Fahrstuhl, gehindert werden. Dieses Problem besteht im „Inhouse“. Wir haben das Bezirksamt aufgefordert die Barrierefreiheit im „Inhouse“ so schnell wie möglich herzustellen und die Kosten in Höhe von 100.000 Euro bei zukünftigen Investitionen zu berücksichtigen.“

Schulpartnerschaft für Polen gesucht Erpebüffel

Mokotow, der größte Ortsteil Warschau, ist eine der bezirklichen Partnerstädte. Nachdem die 1993 geschlossene Partnerschaft jahrelang ruhte, fanden sich seit 2014 Engagierte und Repräsentanten beider Kommunen in mehreren Programmen und Begegnungen wieder zusammen. „Es wäre zu schade eine Städtepartnerschaft ausgerechnet mit dem Nachbarland im Dornröschenschlaf zu belassen“, kommentiert Karin Zehrer, SPD-Bezirksverordnete und Vorstandsmitglied im Städtepartnerschaftsverein. Der Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt, ebenfalls Mitglied des Vereinsvorstandes, verweist auf die lebendigen und von regem Austausch geprägten Beziehungen zur



Foto: Sonja Eichmann

italienischen Gemeinde Albinea und betont, wie notwendig die Verbindung zu den unmittelbaren Nachbarn sei, mit denen Stadt und Bezirk so viele gemeinsame Aufgaben zu bewältigen haben.

Im September reisten Bezirksbürgermeister Oliver Igel,

BVV-Vorsteher Peter Groos und die Beauftragte für Städtepartnerschaften Sonja Eichmann nach Warschau. Sie brachten ein Dokument mit, in dem die Erneuerung der partnerschaftlichen Beziehungen von beiden Seiten festgehalten wird. „Damit wurde eine neue

Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Städten gelegt. Es ist mehr denn je notwendig, europäisch zusammenzurücken“, so Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Einen ersten Schritt ging die bezirkliche Wirtschaftsförderung, die einen Experten für einen Monat entsandte um zu hospitieren und Projektideen für mehr Zusammenarbeit zu diskutieren. Ganz konkret wird außerdem eine Schulpartnerschaft angestrebt. Eine Warschauer Schule ist bereit und freut sich auf erste Anfragen und Interessenbekundungen. Weitere Informationen erteilen der Städtepartnerschaftsverein Partner Treptow-Köpenick und die bezirkliche Beauftragte für Städtepartnerschaften.

Die Wasserbüffel, die als „Landschaftspfleger“ im Landschaftsschutzgebiet Erpetal „arbeiten“, werden im Winter in einen Stall gebracht und zugefüttert. Im Frühjahr treten sie dann wieder ihren Dienst an. Ihre Haltung wird in einem Monitoring überwacht, regelmäßige amtstierärztliche Besuche prüfen das Wohlergehen. Sechs Wasserbüffel sind sicher die markantesten Rinder im Erpetal, tatsächlich aber befinden sich außer ihnen noch 17 Gallowayrinder und 9 Dexter-Rinder im Landschaftsschutzgebiet, wie die SPD-Bezirksverordnete Karin Zehrer auf Anfrage erfuhr.

Milieuschutz für Schöneweide angestrebt

Der Bezirksstadtrat für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt, Rainer Hölmer, hat das Stadtentwicklungsamt im August beauftragt, mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt die Finanzierung einer Voruntersuchung für einen Milieuschutz für Schöneweide abzustimmen. Eine entsprechende abgeschlossene empirische Untersuchung, die eine ausreichende Verdrängungsgefahr für die aktuelle Wohnbevölkerung feststellt, ist die Voraussetzung für eine soziale Erhaltungsverordnung. „Der Verdrängungsdruck in Schöneweide nimmt stetig zu. Ich möchte daher klären, ob die Voraus-



Foto: Katharina Stillisch

setzungen dafür vorliegen, eine Milieuschutzsatzung zu erlassen“, erklärte der Treptow-Köpenicker Bezirksstadtrat. Mit einem entsprechenden Erlass

kann zwar nicht unmittelbar auf die Miethöhen eingewirkt werden, sie hat aber eine mittelbare Wirkung, da z.B. höherwertige, über den zeitgemäßen

Ausstattungszustand hinausgehende Ausstattungen wie ein zweites Bad oder Fußbodenheizung zu versagen wären. Auch ein zweiter Balkon oder ein Aufzug unterläge einer besonderen Genehmigungspflicht. Zudem würde aufgrund der im März diesen Jahres beschlossenen Umwandlungsverordnung die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig. „Insgesamt könnte der Erlass eine Milieuschutzsatzung einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der derzeitigen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in ihrem Geltungsbereich leisten“, so der Bezirksstadtrat.

WUSSTEN SIE SCHON?

... dass es seit kurzem eine Verbindung zwischen Hermann Scheer, dem 2010 verstorbenen Träger des Alternativen Nobelpreises, und Treptow-Köpenick gibt? Das Oberstufenzentrum für Wirtschaft und Sozialversicherung in der Helmholtzstraße in Oberschöne-weide hat sich in Hermann-Scheer-Schule umbenannt und setzt sich damit zum Ziel, sich im Sinne Scheers für eine zukunftsfähige und verantwortungsvolle Wirtschaft einzusetzen.